

ANFRAGE von Sarah Fuchs (FDP, Meilen), Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur),
Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich), Anita Borer (SVP, Uster)

Betreffend Auswirkungen der Abstimmung über das Kriegsmaterialgesetz auf den
Wirtschafts- und Innovationsstandort Zürich

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Gleichzeitig stehen die Schweiz und Europa vor der Herausforderung, sicherheitsrelevante Technologien und industrielle Fähigkeiten langfristig im eigenen Wirtschaftsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Diskussion über die Revision des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) betrifft deshalb nicht nur die Sicherheits- und Aussenpolitik, sondern auch den Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz. Der Kanton Zürich verfügt über eine starke industrielle und technologische Basis. Unternehmen aus der Verteidigungsindustrie selbst, aber auch generell aus Maschinenbau, Elektronik, Präzisionstechnik, Robotik, Sensorik, Luft- und Raumfahrt sowie weiteren Hightech-Branchen, entwickeln Technologien, die teilweise sowohl zivil als auch sicherheitsrelevant eingesetzt werden können. Diese sogenannten Dual-Use-Technologien sind für die Innovationsfähigkeit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit von zunehmender Bedeutung.

Der Regierungsrat kündigte am 20. August an, die Innovationskraft im sicherheitspolitischen Bereich gezielt stärken zu wollen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern das geltende Kriegsmaterialgesetz sowie dessen Revision die Entwicklungen solcher Technologien, die industrielle Basis sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Zürich beeinflussen. Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche wirtschaftliche Bedeutung haben Unternehmen im Kanton Zürich, die in den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungstechnologien sowie der Dual-Use-Technologien tätig sind? Wie viele Unternehmen, Arbeitsplätze und welche Wertschöpfung sind davon ungefähr betroffen? Der Regierungsrat wird gebeten, die Angaben für die beiden Bereiche jeweils separat auszuweisen.
2. Welche Bedeutung haben diese Unternehmen für den Innovations- und Technologiestandort Zürich? Welche Branchen und Wertschöpfungsketten sind besonders relevant?
3. Wie viele Aufträge entgehen Zürcher Unternehmen bereits heute aufgrund der aktuellen restriktiven Gesetzeslage? Hat der Regierungsrat Kenntnis, dass sich Unternehmen aus bestimmten Geschäftsfeldern zurückgezogen oder Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert haben? Der Regierungsrat wird gebeten, die Fragen für direkt betroffene Unternehmen sowie deren Lieferanten zu beantworten.
4. Wie beurteilt der Regierungsrat das Risiko, dass weitere Unternehmen Geschäftsfelder aufgeben oder Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten ins Ausland verlagern, wenn das KMG nicht geändert wird?
5. Welche Auswirkungen können solche Anpassungen der Geschäftstätigkeit auf Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und die industrielle Wertschöpfung im Kanton Zürich haben? Zeigen sich diese bereits?
6. Welche Bedeutung haben Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen Zürcher Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Unternehmen in sicherheitsrelevanten oder Dual-Use-Technologien? Bestehen aus Sicht des Regierungsrates Risiken für diese Kooperationen?

7. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat bereits ergriffen und wird er ergreifen, um die Attraktivität des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Zürich für Unternehmen und Forschungseinrichtungen in diesen Technologiebereichen zu erhalten und zu stärken?

Sarah Fuchs
Thomas Anwander
Stephan Hegetschweiler
Anita Borer